

Mehr als 170 Fragen an die Landesregierung

Mit Großer Anfrage will die LINKE die Situation der Thüringer Kommunen aufklären

„Uns geht es um eine aktuelle Bilanz der kommunalen Selbstverwaltung im Freistaat“, sagte der Kommunalexperte der Fraktion DIE LINKE, Frank Kuschel, beim Pressegespräch am 28. Oktober zur Einbringung einer Großen Anfrage „Kommunen in Thüringen“.

Er betonte, dass in den letzten Jahren kommunale Selbstverwaltung eigentlich nur noch auf dem Papier bestehe. Zuständigkeiten und Handeln von Landesbehörden schränken diese immer mehr ein. Mit der Großen Anfrage steht insbesondere die Entwicklung der finanziellen Ausstattung der Kommunen seit dem Jahr 2004 im Fokus.

„Es wäre zu wünschen, wenn mit der Antwort der Landesregierung eine Analyse darüber vorliegt, warum beispielsweise weit über 100 Kommunen im Freistaat über keinen be-

schlossenen Haushalt in diesem Jahr verfügen und bei über zehn Gemeinden sogar Zwangsvollstreckungen ins Haus stehen“, erklärte Frank Kuschel.

Die Finanznot der Kommunen werde auch daran deutlich, dass mehr als die Hälfte der Thüringer Gemeinden in diesem Jahr ihren Haushalt nur noch durch Rückgriff auf vorhandene Rücklagen ausgleichen konnte. Dabei verfüge jede fünfte Gemeinde zwischenzeitlich über keinerlei Rücklagen mehr. „Jede zehnte Gemeinde konnte bisher für das laufende Jahr wegen fehlender Finanzmittel keinen Haushalt verabschieden. Wer eine solche Situation beschönigt, hat offenbar keinen Blick mehr für das reale Leben“, betonte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion.

Mit der Großen Anfrage soll des Weiteren in Erfahrung gebracht werden, wie sich die Schulden der Kommunen seit 2004 und der Stand der Ein- und Ausgaben seit diesem Zeitpunkt entwickelt haben.

Beantwortet werden soll auch die Frage, welcher Investitionsbedarf in welcher Höhe zur Erhaltung der kommunalen Infrastruktur bzw. zur Schließung von noch vorhandenen Lücken existiert und wie die Landesregierung

Einen weiteren Schwerpunkt in der Großen Anfrage bilden die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern. So wird die Rolle von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden thematisiert. Dabei will die LINKE wissen, ob eine weitere Absenkung von Quoren eine aktive Einwohnerbeteiligung befördert und wie die Landesregierung aufgetretene Probleme bei der Durchführung von solchen Bürgerbegehren und -entscheiden beheben will.

Alternativen formulieren

Weitere Themen der Anfrage sind die Chancen und Risiken bei der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, der Stand der interkommunalen Zusammenarbeit, die Frage, in welchem Umfang Bürgerinnen und Bürger zur Finanzierung kommunaler Projekte durch Kommunalabgaben herangezogen werden sollen, welche Bedeutung die Landesregierung einem Sozialen Arbeitsmarkt beimisst, um Kom-

munen bei der Erfüllung notwendiger gesellschaftlicher Arbeit zu unterstützen, und wie sich die Situation der medizinischen Versorgung in den Kommunen des Freistaates darstellt.

Insgesamt über 170 Fragen hat die Fraktion DIE LINKE in der Großen Anfrage formuliert. Mit einer Antwort der Landesregierung und einer anschließenden Auswertung im Landtag rechnet sie im Frühjahr kommenden Jahres. „Mit der Antwort auf die Große Anfrage wird die Landesregierung gezwungen, die Fakten auf den Tisch zu legen. Wir werden daraus unsere Schlussfolgerungen ziehen, gesetzgeberisch tätig werden und damit Alternativen formulieren“, unterstrich Frank Kuschel.

Matthias Gärtner



die Kommunen beim Abbau des Investitionsstaus zu unterstützen gedenkt. „Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz sind die Strukturdefizite unserer Gemeinden deutlich geworden“, so Frank Kuschel. Diese müssen nunmehr offen benannt und behoben werden. „Natürlich nimmt der aktuelle Stand der Gemeindeneugliederungen und die Notwendigkeit einer umfassenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in diesem Zusammenhang einen großen Raum ein“, betonte der Abgeordnete. So wird unter anderem eine Bewertung der Vorschläge der Expertenkommission „Funktional- und Gebietsreform“, die bekanntlich im Auftrag der Landesregierung Anfang dieses Jahres einen Bericht vorgelegt hat, gefordert.

Inklusion

Die neue „Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung“ u.a. des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der Arbeitgeberverbände, der Bundesarbeitsagentur und der Behindertenbeauftragten weise den richtigen Weg: „Menschen mit Behinderungen dürfen nicht in Werkstätten abgeschoben werden, sondern haben einen Anspruch auf einen angemessenen Arbeitsplatz“, so MdL Karola Stange. Allerdings müssten Befürchtungen auf Arbeitgeberseite abgebaut werden. „Viele Menschen mit Behinderungen sind nachweislich für ihre Arbeitgeber eine Bereicherung, wenn erst die Hemmnisse in den Köpfen beseitigt sind. Dies eröffnet dann Möglichkeiten bei Ausbildung und im Erwerbsleben.“

Verfassung

„Die Thüringer Verfassung ist eine gute Basis, um das Land intensiv demokratisch weiterzuentwickeln“, sagte der LINKE Landespolitiker Bodo Ramelow mit Blick auf den 20. Jahrestag der Verabschiedung der Landesverfassung am 25. Oktober. Damals habe die PDS u.a. deshalb der Verfassung nicht zustimmen können, weil ihre Hürden für die direkte Demokratie zu hoch waren. „Wir sind stolz, dass dies mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen geändert werden konnte – ein Volksbegehren hat für ein Mehr an Demokratie in und mit der Verfassung gesorgt.“ Allerdings gebe es weitere Baustellen der direkten Demokratie. So stoße diese bisher noch zu oft an die Grenzen des Finanzvorbehalts.

Länderfinanzen

Die Forderungen des Thüringer Finanzministers Wolfgang Voß nach vollständiger Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in den Finanzausgleich und stärkerer Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfekosten werden von dem LINKEN Finanzpolitiker Mike Huster geteilt. „Dass die Landesregierung der Klage der Bundesländer Bayern und Hessen entgegentritt und statt einer Absenkung sogar die eihundertprozentige Berücksichtigung der Steuereinnahmen der Kommunen beim Länderfinanzausgleich fordert ist zu begrüßen.“ Auch müsse die kommunale Steuerbasis gestärkt werden. Die LINKE fordert seit langem eine umfassende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene.

VON A BIS Z:

Frauengesundheit

Zu einer Konferenz unter Beteiligung der Linksfraktion zum Thema „Frauengesundheit - Hat Gesundheit ein Geschlecht?“ wird am Montag, den 25. November, in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr in den Thüringer Landtag nach Erfurt eingeladen.

VertreterInnen des Nationalen Netzwerks Frauengesundheit, der Krankenkassen und des Landesfrauenrates referieren und diskutieren zu Aspekten einer gendersensiblen Gesundheitsversorgung. Am Nachmittag finden Workshops statt: „Gewalt nistet sich in der Seele ein“ - welche langfristigen Folgen haben Missachtung und Gewalt in Partnerschaften und welche gesellschaftliche Verantwortung entsteht daraus? Ein anderer Workshop geht dem Thema Körperkult nach - „Zwischen perfektem Körper, Essstörungen und Tod: Wie wirkt sich der Schönheits- und Gesundheitswahn auf die körperliche Selbst-Definition von Mädchen und Frauen aus?“ Und schließlich geht es um „Frauenspezifische Krebserkrankungen“.

Zu den Workshop-Ergebnissen und im Anschluss an die Podiumsdiskussion soll ein politischer Forderungskatalog verabschiedet werden. Im Anschluss wird der Film „Körpergeschichten - vier Frauen, vier Wege“ von Katharina Gruber gezeigt. Gegen 17 Uhr besteht die Möglichkeit, vor dem Rathaus in Erfurt an der Aktion des Frauenzentrums Brennessel „Ein Licht für jede Frau“ teilzunehmen - anlässlich des Tages gegen Gewalt an Frauen.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr finden in der Zeit vom 20. bis 22. November sowie vom 18. bis 20. Dezember statt.

Vorankündigung Bildungskonferenz:

Für Samstag, den 6. Dezember, lädt die Landtagsfraktion DIE LINKE nach Erfurt zu einer bildungspolitischen Konferenz ein.

Detailliertere Angaben dazu in der nächsten Ausgabe des Parlamentsreports.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de.